

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 219 Nr. 72a

Morgen-Ausgabe

Halle-Saale

Anzeigenpreis

Die eingetragene 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Beständestelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 7801. abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 20512.

Freitag, 26. März 1926

Beständestelle Berlin, Hamburger Str. 50. Fernruf Nr. Kurfr. Nr. 6290. Große Berliner Schriftleitung. — Berlin n. Druck von Otto Ehle, Halle-Saale

Kommt ein Steuerabbau zum 1. April?

Eine Einigung wahrscheinlich!

(Eigener Drahtbericht.)

Die Besprechungen zwischen der Regierung und den Parteien über die Frage des Steuerkompromisses begannen im Reichstag heute morgen schon in der achten Stunde, und zwar verhandelte zu dieser Zeit Staatssekretär Popitz mit den Sozialdemokraten. Am Laufe des Mittags fand eine völlig unverbindliche Unterredung zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und den Deutschnationalen statt. Eine Einigung ist bisher nicht erzielt worden.

In parlamentarischen Kreisen der Mitte werden die Aussichten des Kompromisses im allgemeinen als rechtlich günstig betrachtet. Man rechnet damit, die Sozialdemokraten durch ein Entgegenkommen in der Terminsetzung für die Meilen zur Stimmenholung bewegen zu können. Mindestens das gleiche, wenn nicht gar die Zustimmung, hofft man von den Deutschnationalen zu erzielen, denen man hofft, daß sie von ihnen geforderten Senkung der Haussteuer um 20 Prozent eine solche von 5 Prozent bewilligen will.

heutige Sitzung des Steuerausschusses

Wie aus gemeldet: In der Sitzung wurde heute die allgemeine Ausfrage über das Steuerkompromiß fortgesetzt. Der Sozialdemokrat Silberding behauptete es, daß die Regierung ihr ursprüngliches Programm verfolge. Silberding trat auch für die Erhebung der Umsatzsteuer ein, bekämpfte die Wertsteuererhöhung und meinte, es sei den Wählern besser geschaffen, wenn ihnen der ganze Ertrag der von deutschen Weibern erzielten Steuern zufiele. Die Sozialdemokratie behielt sich in der Einzelberatung Änderungsanträge vor.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erweiterte, er habe im Finanzauschuß seine Meinung mit den Argumenten Dr. Silberding nicht nur ausgedrückt, sondern sei es ihm nicht gelungen, die freiwirtschaftlichen Erfordernisse zu seiner Meinung zu überreden. Er werde alles tun, um die Umsatzsteuer noch weiter zu senken.

Der Deutschnationale Hg. Dr. Siffer forderte die allgemeine Erhebung der Haussteuer auf 20 Prozent. Es blieben den Wählern dafür nur 250 Millionen als Ausgleich, die ihnen vom Reich gegeben werden, die durch die steuerliche Erleichterung des unrentablen Vermögens aufgebracht werden könnten.

Ein Regierungsbekannter hielt die Vetterung des unrentablen Vermögens im Augenblick nicht für möglich, da die Grundbücher noch nicht bereinigt sind. Der Zentrumsobermann Dr. Bräutigam ließ sich den Vorschlag des Regierungsbekannteren an, daß der Sozialdemokrat sich für die Durchföhrung der Deutschnationalen Vorschläge einem Ausfall von 2 Milliarden nur eine Deduktion von 250 bis 300 Millionen gegenüberstellen würde, die Anträge seien als Mittel gedacht, die Steuerentlastung in das von den Deutschnationalen gewünschte Ziel zu bringen. Er forderte den Finanzminister auf, sich über die finanzielle Auswirkung der beantragten Senkung der Haussteuer zu äußern. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erweiterte, bei einer Erhöhung von 5 Milliarden wäre der Umsatz 800 bis 1200 Millionen zu betragen. Der Antrag würde die Finanzen der Länder grundlegend erschüttern. Die Länder müßten bekanntlich 30 Prozent der Friedensrenten nach dem Finanzausgleich als Haussteuer erheben und können bis 30 Prozent geben.

Nachdem noch der Deutschnationale Hg. Dr. Freher bekannt machte, die Deutschnationalen seien bereit, auf eine Senkung der Umsatzsteuer zu verzichten, wenn dafür eine wirksame Senkung der Haussteuer eintrete, wurde die Generaldebatte geschlossen. Auf Antrag des Zentrums wurde beschlossen, heute noch eine Verhandlung um 9 Uhr abzuhalten.

Am Nachmittag des heutigen Tages fanden in der Frage des Steuerkompromisses weitere Verhandlungen der Regierungspartei sowohl mit den Deutschnationalen als auch mit den Sozialdemokraten statt. Zu einer Einigung ist es bisher noch immer nicht gekommen. Gegen 8 Uhr abends empfing Reichsfinanzminister Dr. Reinhold die Vertreter der Deutschnationalen. Man erwartet, daß eine Entscheidung in dieser oder jener Richtung bis zum Samstagsmorgen des Steuerausschusses um 9 Uhr heute abend erfolgen werde.

Wogu draßtet uns noch unsere Berliner Schriftleitung:

Auf den Wunsch des Zentrums ist noch für heute abend eine Sitzung des Steuerausschusses angesetzt worden, um, wenn möglich, eine Einigung zu Stande zu bringen. Nach dem Entgegenkommen, das die Sozialdemokraten gezeigt haben, und nach der Haltung der Regierungspartei in der Angelegenheit des Steuerkompromisses gegenüber der Deutschnationalen Forderung auf Herabsetzung der Haussteuer muß damit gerechnet werden, daß die Regierung das Kompromiß mit den Sozialdemokraten macht. Der Ausbruch, der um 9 Uhr zusammengetreten ist, ist nochmals zu eingeleiteten Verhandlungen übergegangen, so daß zu späterer Zeit eine Entscheidung der Verhandlungen zu erwarten ist. Man glaubt jedoch, daß die Verhandlungsmöglichkeiten so groß sind, daß es der Regierung zum mindesten gelingen wird, einen in

einigen Punkten noch den Wünschen von rechts und links überdient Entwurf mindestens in der Form stehende zu bringen, daß sich beide Flügelparteien der Reform zu enthalten und somit eine geleistete Mehrheit bildet ist.

Durch den Umfall der Sozialdemokraten ist der Deutschnationalen Partei weitens bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit aus der Hand genommen worden, durch Widerstand gegen die Steuerkompromisse den Sturz der Regierung oder den des Finanzministers zu erzwingen. Nach Lage der Dinge ist es also immerhin noch möglich, daß namentlich die Deutschnationalen dem Teil des Entwurfes zustimmen, der von ihnen abwärts als Initiativentwurf angenommen worden wäre, wenn die Regierung ihre Forderung wahr gemacht und die gesamten Steuererträge zurückgezogen hätte.

Im preussischen Landtag

Wie zu Beginn der Sitzung Hg. Piehl im Namen der Kommunistischen Partei die Angriffe des Oberpräsidenten Kossel im hannoverschen Provinzialparlament zurüch.

Hg. Bremer (D. V. P.) schloste zum den Aufschußbericht über die zweite Beratung des Teiles aus dem Etat des Finanzministeriums, der für den Um- und Erweiterungsbau des Staatlichen Opernhouses in Berlin als zweiten Teilbetrag eine Million Mark fordert.

In der kürzigen Rede hielt sich die Opposition fast durchweg auf dem konservativen Standpunkt.

Die Weiterberatung wurde unterbrochen, um

Abschlüsse

vorgemacht. Bei der Abstimmung zum Etat des Innenministeriums wurde ein Kommunistischer Antrag, bei Durchführung des Gesetzes über die Vermögensgegenstände im Reichsgebiet, die Einführung der strengen Besteuerung im Reichsgebiet, die im Vermögensgesetz festgesetzt sind, zu verhindern, gegen die Antragsteller abgelehnt. Ein Zentrumsantrag über Maßnahmen gegen Nachbarschaften wurde dem Bevölkerungsausschuß überwiesen. Beim Etat des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten wurde der Antrag auf Einsetzung einer Beratungskommission in den Reichshäusern mit dem St. in Hamburg, sowie ein Antrag, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie über Verhandlungen mit den Befugnismitgliedern die baldige Herabsetzung der Vergütungstruppen auf die zugehörige Stärke von etwa 50 000 bis 60 000 Mann zu erlangen, angenommen. Der demokratische Antrag, der die Teilnahme aller abkömmlichen Beamten an der Verfassungsgesellschaft als Dienstpflicht fordert, wurde abgelehnt, ebenso der kommunistische Antrag, die Socarno- und Völkerverbundpolitik der Reichsregierung abzulehnen. Abgelehnt wurde auch der demokratische Antrag, sofort beim Beginn der Verfassungsgesellschaft die Wählung der Delegierten zur Kenntnis zu bringen und jede weitere Zahlung des preussischen Staates an die Högensrollen einzustellen.

In namentlicher Abstimmung wurde dann das Kommunische Mißtrauensvotum gegen das preussische Staatsministerium mit 183 Stimmen der Reichsparteien und der Kommunisten gegen 196 Stimmen der übrigen Parteien, bei vier Stimmenthaltenen, abgelehnt.

Darauf wird die unterbrochene Ausfrage über den Opernhaus-Ausbau fortgesetzt.

Der Ansuchenantrag zur Bewilligung einer Million Mark für den Erweiterungsbau der Staatsoper wurde in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen drei Stimmen angenommen und der Zentrumsantrag abgelehnt, darunter ein Antrag, der zur Klärung der Frage ein Preisauschreiben unter den deutschen Architekten fordert und das Staatsministerium ersucht, keinerlei provisorische Bauten zu errichten, sondern bis zur Reife der geforderten Summen für den endgültigen Neubau einer Staatsoper gewinnbringend anzulegen.

Darauf geht das Haus zur dritten Beratung der Haussteuer über. Nachdem noch die Redner der Deutschnationalen, der Sozialistischen Vereinigung, der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Zentrums ihre Stellungnahmen zur Haussteuer dargestellt hatten, vertagte das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 11 Uhr vormittags.

Neue Börsen-Bank in New York

New York, 25. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Kurssturz an der gestrigen New Yorker Börse ist seinem Umfange nach der größte seit der Waise vom 3. März. Im ganzen wurden 2 000 700 Aktien umgelegt, und die Kurse fielen um 3 bis 22 Punkte. In Wertverlusten ist man der Ansicht, daß der plötzliche Kurssturz auf verpöbete Spekulationen von Spekulanten und gelungdige Kredite zurückzuführen ist. Die Verluste bei den Quotieren sind beträchtlich; auch erklaffige Papiere erlitten harte Kursverluste. Weisheitsvolle seien die Aktien der American Gas Company um ziemlich wenige Punkte. Die Abstimmung wurde durch eine Anführung der Regierung, der zufolge eine Untersuchung bezüglich möglichen Manipulierens in der Petroleumindustrie noch beträchtlich verzögert.

Neues Material über Genf

Berlin, 25. März.

Wie Reuter aus Rio de Janeiro meldet, hat der brasilianische Außenminister erklärt, solange es in der Macht Brasiliens stehen werde, werde es es nicht zulassen, daß eine weitere europäische Macht in den Völkerverbund eintritt, bevor auch ein internationaler Staat darin vertreten sei.

Im dem Bericht, den der schwedische Außenminister Heden in der zweiten Kammer des schwedischen Reichstages erstattet hat, vertritt er die Ansicht, die Haltung der deutschen Delegation habe ihn zur Änderung seiner ursprünglichen Haltung veranlaßt. Hierzu sind wir halbamtlich mitgeteilt:

Allen Teilnehmern der Genfer Tagung ist der Tatbestand bekannt, daß die Veränderung in der Haltung der schwedischen Delegation völlig unerwartet und zur völligen Ueberbretung aller Teilnehmer eintrat. Auch der Hinweis, daß der Verzicht Schwedens auf seinen Völkerverbund durch die Haltung der belgischen Delegation bedingt war, entspricht nicht dem Sachverhalt. Dagegen ist festzustellen, daß die Haltung der belgischen Delegation sich nicht als ein konkretes Anerkennen der belgischen Delegation, sondern als ein Verzicht auf die Teilnahme der schwedischen Delegation an dem Völkerverbund darstellt, wobei der Verzicht Schwedens auf seinen Völkerverbund nicht als ein Anerkennen der belgischen Delegation, sondern als ein Verzicht auf die Teilnahme der schwedischen Delegation an dem Völkerverbund darstellt, wobei der Verzicht Schwedens auf seinen Völkerverbund nicht als ein Anerkennen der belgischen Delegation, sondern als ein Verzicht auf die Teilnahme der schwedischen Delegation an dem Völkerverbund darstellt.

Der Widerspruch aus der Umgebung Stresemanns ist nicht sehr überzeugend, wenn auch formal, weil immer in solchen Fällen, unangebracht. Wenn aber die offizielle Seite berichtet, daß allen Teilnehmern der Völkerverbundstagung der Tatbestand bekannt gewesen sei, daß die Veränderung in der Haltung der schwedischen Delegation völlig unerwartet, und zur völligen Ueberbretung der Teilnehmer der Tagung eintrat, so ist dem entgegenzusetzen, daß jedoch obigen politischen Beobachter sofort klar wurde, daß Schweden resignieren würde, und daß resignieren müßte, als es sich herausstellte, daß die deutsche Delegation zur Bildung einer Studienkommission nicht nur seine Einwilligung, sondern sogar die Anrechnung gegeben hatte.

Der Vorbehalt dieser Studienkommission ist von vornherein einseitig der neuen, Mittel und Wege zu finden, um eine Ratserweiterung, wenn auch nicht für diese Tagung, so doch für die nächste, zu ermöglichen. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß Deutschland praktisch seinen Völkerverbund gegen die Wünsche Frankreichs und Englands aufgibt und damit der schwedischen Delegation fortwährend in den Rücken fiel, die bei weiterem Harten Gehaltens isoliert gewesen wäre.

Selbstverständlich hat man auf deutscher Seite über den Verzicht Schwedens und erst recht über einen Verzicht zugunsten Polens keine Freude empfunden. Aber Schweden würde wohl nicht werden ausgebeutet den politischen Wünschen sich dienlich erwiesen haben, wenn es eine Entzweiung gegenüber dem Verhalten der deutschen Unterhändler für angebracht gehalten hätte. In Berliner politischen Kreisen ist die Rede übrigens mit ganz außerordentlichem Interesse aufgenommen worden, und im Vorher der nationalen Exposition behauptet man es ausdrücklich, dieses Material, das die Stellung der Deutschnationalen in der Genfer Debatte nachdrücklich im besprochenen starken Maße unterstützt, nicht schon während der Reichstagsverhandlungen in der Hand gehabt zu haben. Daneben werden aber auch die neuen preussischen Entscheidungen, die ein hohes Maß an Freiheit zu dem in Genf angenommenen Standpunkt präferieren, richtig diskutiert, da durch die deutsche Politik gewonnen wird, sich endlich einmal auf Realitäten einzustellen. Es ist zu erwarten, daß dem Finanzminister recht bald Gelegenheit zu neuen Erklärungen gegeben werden.

Holzmann ausgeliefert

München, 25. März.

Gemäß einem Bericht der belgischen Kammer ist dem von den belgischen Gerichtsbörsen nachgelassenen Auslieferungsbefehlen gegen Holzmann stattgegeben worden. Holzmann wird bereits heute an die Grenze gebracht werden, um dort von belgischen Kriminalbeamten empfangen und nach Berlin weitertransportiert zu werden.

Das Kriegsgericht in Wien verhandelte mehrere Tagungen mit Personen, die beschuldigt wurden, der Kommunistischen Partei anzugehören. Der 1. Sitzungstag war der Staatsanwalt die Anklage jurid. Sie wurden sofort auf freien Fuß gesetzt. Das Gericht beschloß dann, die beschuldigten Personen den Vereinen zurückzugeben.

